

**Bestellungen**  
 ernten an alle Postämtern und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

**Verlag-Expeditoren.**  
 New-York: Esq. Straß. 154 Klidridge Str.  
 Philadelphia: E. P. 630 North 2nd Street.  
 J. B. 1129 Charlotte Str.  
 Boston N. J.: B. H. 215 Washington Str.  
 Chicago: W. 74 Clybourn Ave.  
 San Francisco: J. 428 O'Farrell Str.  
 London W.: G. 8, New St. Golden Square.

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 102.

Freitag, 30. August.

1878.

## Das Gesetz für „das Volk der Denker“

haben wir unseren Lesern in den letzten Nummern einigermaßen detailliert vorgeführt; auch haben die von uns mitgetheilten Presstimmen über dasselbe in soweit wohl Klarheit gebracht, daß man uns völlig Recht geben wird in unserem früheren Ausdruck, daß der preussische Gesetzentwurf nicht für „Denker“, sondern für „Idioten“ berechnet sei. —

Was der vorgeführte Gesetzentwurf bezweckt, das wissen wir: Vernichtung jeglicher politischen und sozialen Freiheit; was er angeblich allein bezwecken soll, das wissen wir auch: „Vernichtung der sozialdemokratischen Agitation.“

Ganz abgesehen nun davon, daß im Grunde genommen die vollständige Vernichtung der sozialdemokratischen Agitation gleich ist der Vernichtung aller bürgerlichen und sozialen Freiheit, da ja dann die vereinte Reaktion triumphieren würde, muß jeder Unbefangene bei der Prüfung des monströsen Gesetzentwurfs gefunden haben, daß derselbe auch direkt gegen die sogenannten liberalen Parteien gerichtet ist, oder aber, daß wenigstens bei Ausführung der einzelnen Bestimmungen die liberalen Parteien mit getroffen werden. Man sieht also, daß die preussische Regierung auch nicht einmal mehr den Pseudoliberalismus, die „Freiheit“ in Gänzförmchen dulden will.

Und daß es den liberalen Parteien, die sich bekanntlich in ihrer Weisheit längst mit „dem Volke der Denker“ identifiziert haben, mit dem Gesetze für „das Volk der Denker“ an den Krage gehen soll und auch an den Krage geht, das merken nur die Liberalen in ihrer Aufgeblasenheit zum großen Theil selbst nicht, die sich dadurch thatsächlich zum „Volk der Idioten“ stempeln.

Die Wahlbewegung hat doch zur Genüge bewiesen, welche Unterschiede der preussische Gensdarm mit und ohne Fiedelhaube zwischen Sozialdemokraten und Liberalen macht — auf dem Lande gar keinen. Ein Amtsvorsteher in Pommern verstieg sich gar gegen einen liberalen Schöffen soweit, daß er in seinem Bismarckreifer ungefahr folgende Aeußerungen machte:

„Der Kaiser habe die liberalen Abgeordneten nur fortgejagt, weil sie die Sozialdemokraten unterstützen, der Kaiser habe diesmal ausdrücklich nur konservative Abgeordnete nach Berlin gewünscht, und da er, der Schöffe Braun, diesen ausgesprochenen Wünschen entgegen gehandelt, habe er den von ihm als Schöffe geleisteten Eid gebrochen.“

Dies nur ein Beispiel von Hunderten! Die Liberalen müssen doch daran die Anschauungen der konservativen Polizeibehörden erkennen können, derjenigen Behörden, denen lediglich die Ausführungen der Sozialistengesetzparaphen obliegen; die höheren Polizei- und Regierungsbeamten sind meistens nur noch — konservativer.

Wie aber die „Neue Preussische Zeitung“, das preussische Hauptorgan der Reaktion und der Polizei, über den Liberalismus denkt, das hat dieselbe in folgenden Punkten zusammengefaßt:

1) Der Liberalismus erschüttert die religiös-sittlichen Grundlagen unsers Volkslebens; 2) er legt an die Stelle gesunder historischer Entwicklung und organischer Entfaltung seine doktrinarischen Theorien und eine ganz mechanische Weltanschauung; 3) er gewährt dem einzelnen Individuum unbeschränkte Freiheit, zertrümmert oder schädigt doch die Corporationen und hat so die Bande heilsamer Zucht und Ordnung gelockert; 4) er schädigt durch seine Gesetzgebungs- und Wirtschaftspolitik den Wohlstand des Volkes und somit die nationale Kraft.“

Da haben wir! Der Liberalismus „untergräbt die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung!“

Genau so wie die „Neue Preussische Zeitung“ aber denkt der preussische Gensdarm mit oder ohne Fiedelhaube. —

Doch weshalb sollen wir den Liberalen noch Vernunft predigen, die in blinder Wuth gegen den Sozialismus in den vorgehaltenen Spieß laufen. —

Sehen wir vielmehr zu, ob es dem Ausnahmengesetz gelingen wird, die sozialdemokratische Agitation zu „untergraben“. Schon früher sagten wir in Bezug hierauf:

Die sozialistischen Anschauungen sind allzutief eingedrungen in die Herzen des Volkes. Als Antwort auf Ausnahmengesetze wird der tausendfache Donner des deutschen Volkes in höchster Begeisterung erklingen: Es lebe die sozialdemokratische Agitation! Und von Werkstatt zu Werkstatt, von Wohnstube zu Wohnstube, von Wirtschaftshaus zu Wirtschaftshaus, in den Eisenbahncoupees und auf der Landstraße — überall, überall wird sich der begeisterte Ruf fortplanzen, und freiwillige Agitatoren werden entstehen. Tausende und Abertausende, jeder Arbeiter, jeder Handwerksgehilfe, jeder Sozialdemokrat wird dann ein Agitator werden! Man wähne doch nicht, mit Gewalt eine Idee vernichten zu können. Oder glaubt man dadurch, daß man die Geldquelle für die sozialistische Agitation für kurze Dauer verstopft, diese lahmlegen zu können? Wir haben eben schon gezeigt, wie es dann gemacht wird. Aber die Sozialdemokratie in Deutschland zählt auch in ihren Reihen schon eine große Zahl von begüterten Männern, die dann erst recht und in erhöhtem Maße ihre Schuldigkeit thun werden. —

Wenn man nunmehr zu der Ueberzeugung gelangen muß, daß das Ausnahmengesetz seinen Zweck in keinerlei Richtung erreicht und erreichen kann, so wird man lediglich nur der blaffen Furcht vor dem Sozialismus die Urheberschaft der preussischen Konstitutionskrise zuschreiben. Die preussisch-deutsche Reichsregierung mit ihren 400,000 Soldaten, die sich schnell auf 1,500,000 vermehren lassen, sie fürchtet die „25 kleinen Soldaten“ der Sozialdemokratie, die das Wort der Wahrheit verkünden durch die deutschen Lande. Doch diese 25 kleinen Soldaten sind nicht todt zu machen, sie werden immer und immer reden

trotz aller Verbote, ja sie werden dann sogar eine eindringlichere und leicht verständlichere Sprache reden von Freiheit und Knechtschaft, von Recht und Unrecht.

Die Sozialdemokratie sieht deshalb im Bewußtsein, daß sie stets für das Volk, für das Recht und die Freiheit gestritten, mit einem gewissen Stolz jenem Ausnahmengesetz entgegen. Aber diejenigen, welche das Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie planen, und besonders die Herren im Reichstage mögen es sich ruhig überlegen, ehe sie demselben zustimmen. Ein freies Volk, welches seiner Meinung öffentlichen Ausdruck geben kann, ist niemals zu Gewaltthatigkeiten geneigt, ein Volk aber, dem man die Freiheit seiner Meinungs- und Willensäußerung beschränkt oder gar vollständig raubt, ist zu vergleichen mit einer Dampfmaschine, die mit geschlossenen Ventilen arbeitet. —

Und wenn man das Ausnahmengesetz trotzdem in seinen Hauptbestandtheilen annimmt? Wenn man thatsächlich mehr als zwei Millionen Staatsbürger in die Acht erklärt, außerhalb des Gesetzes stellt?

Was dann?

Antwort:  
 Die zwei Millionen geächteter deutschen Staatsbürger brauchen sich dann auch nicht verpflichtet zu fühlen, die Gesetze des deutschen Reiches überhaupt zu achten. Sie werden sich nicht offen gegen dieselben auflehnen, aber eine moralische Pflicht kann man von ihnen nicht erwarten, die Gesetze des Vaterlandes hochzuhalten. Wenn das Vaterland seine eigenen Söhne, und zwar vielfach seine besten Söhne in einer Weise verfehmt, drangsaliert und niederbrückt, wie es der preussische Gesetzentwurf verlangt, dann hat dieses Vaterland jeden Anspruch auf die Liebe derselben verloren. Dann kann es den Geächteten nur willkommen sein, wenn das deutsche Reich, das neu aufgebaute, wieder zusammenbricht.

Das Ausnahmengesetz aber ist dann zum „Untergrabungsgesetz“ des „Deutschen Reichs“ geworden.

## Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmengesetz.

(Fortsetzung.)  
 Für heute theilen wir zunächst ein Gutachten der „Berliner Autographirten Correspondenz“ mit, welche bekanntlich das Organ des Herrn Lasker ist. Sie schreibt:

„Die konservativen Fraktionen und was mit ihnen geht einerseits, das liberale Centrum mit den übrigen Gruppen der prinzipiellen Opposition zusammen andererseits zählen etwa je 130 Mitglieder; die nationalliberale Fraktion, die Fortschrittspartei und die zwischen ihnen stehenden Liberalen eben so viel. Das heißt, der Reichstag ist in drei einander an Zahl ziemlich gleiche Minoritäten getheilt, und da die Regierung nur auf das eine Drittel von vornherein mit Sicherheit rechnen kann, so bleibt ihr auch im neuen Reichstage die Aufgabe gestellt, sich von Fall zu Fall eine Majorität für ihre Vorlagen zu schaffen. Die Rüssinger Unterhandlungen, über deren Verlauf die Regierungskreise noch immer ein strenges Geheimnis bewahren, können vielleicht zu einem Ergebnis führen, welches eine Annäherung der Centrumsfraktion an die Regierung zur Folge hat, und dann wäre eine konservativ-liberale Regierungsmajorität vorhanden. Dabei ist aber immer vorausgesetzt, daß die Zugeständnisse der Regierung an die Kurie groß genug sind, um das Centrum mit ihr auszuöhnen, und doch wieder nicht so weit gehen, um innerhalb der konservativen Parteien eine namhafte Zahl von Mitgliedern der Regierungspolitik zu entfremden. Bis jetzt hat das Centrum selber noch nicht gesprochen; indessen haben während der Wahlen zahlreiche Mitglieder desselben die Erklärung abgegeben, daß sie niemals irgendwelchen Ausnahmengesetzen zustimmen würden, und das nämliche hat darauf nach dem Bekanntwerden des Entwurfs zum Sozialistengesetz die „Germania“ mit einer gewissen Feierlichkeit wiederholt. Für die erste Session des neuen Reichstages scheint es daher mit dem Zustandekommen einer konservativ-liberalen Majorität noch gute Weile zu haben. Von den liberalen Parteien hat die Fortschrittspartei in ihren tonangebenden Organen bereits Stellung zum Sozialistengesetz genommen; ihr Standpunkt ist darnach ein durchaus ablehnender. Es ist mithin nach wie vor die nationalliberale Fraktion diejenige, von deren Haltung der betreffenden Vorlage gegenüber nicht bloß das Schicksal dieser, sondern vermuthlich auch des neugewählten Reichstages abhängt. Der Standpunkt dieser Fraktion ist kein lediglich ablehnender; einige ihrer bisherigen Mitglieder werden sich vielleicht sogar pure für die Regierungsvorlage entscheiden, jedenfalls ihr zustimmendes Votum zu derselben nicht von der Annahme bestimmter Verbesserungsvoorläge abhängig machen. Die Mehrheit der Fraktion steht jedoch auf einem kritischen Standpunkt, womit sich der ernste Wille verbindet, im Einvernehmen mit der Regierung ein Gesetz zu Stande zu bringen, welches die Gefahren, die dem Staate von den ihm feindlichen Agitationen der Sozialdemokratie drohen, mit wirksameren Mitteln als bisher zu bekämpfen gestattet. Von diesem Standpunkte aus wird die Vorlage der Regierung, wie sich aus dem Bundesrathe hervorgehen wird — und sie wird kaum viel anders lauten als der preussische Entwurf — als eine Grundlage für die Verhandlungen des Reichstages und seiner Commission unter dem Vorbehalt daran anzunehmender Verbesserungen angesehen werden. Die Entscheidung über das Schicksal der Vorlage liegt mithin einerseits in dem Umfange der von der nationalliberalen Fraktion als Bedingung für ihr zustimmendes Votum verlangten „Verbesserungen“, und andererseits in der Bereitwilligkeit der Re-

gierung, auf solche „Abänderungen“ ihrer Vorlage einzugehen, daß dadurch das Zustandekommen derselben im Einverständnis mit dem neugewählten Reichstage ermöglicht ist. Es wird sich alsbald bei den Verhandlungen zeigen, ob auf diesem Wege der Verständigung zwischen der Regierung und der nationalliberalen Fraktion ein Gesetz zu dem bezeichneten Zwecke zu Stande kommen kann. Für die gesammte Entwicklung unseres öffentlichen Lebens im Staate und im Reiche ist es dringend erwünscht, daß zwischen der Regierung und der nationalliberalen Partei nicht eine unausfüllbare Kluft gerissen werde. Darum wird die Regierung auch ihrerseits wohl darauf zu achten haben, daß nicht zu früh und nicht an unrechter Stelle das Wort „unannehmbar“ ausgesprochen werde; denn das steht außer Zweifel: es lassen sich bei der neuen, wie bei der früheren Vorlage die Dinge im Reichstage sehr schnell zu einem Konflikt und zu einer abermaligen Auflösung treiben. Den Vortheil davon würde aber nicht die Regierung, sondern wie sich schon bei der ersten Auflösung herausgestellt hat, das Centrum haben, dessen siegreiche Stellung dadurch nur noch mehr verstärkt werden würde. Eine zu dem Liberalismus, d. h. zu der politischen Anschauungsweise des deutschen Bürgertums sich in einen prinzipiellen Widerspruch setzende Regierung würde unfehlbar in die Wege der Reaktion einleiten und sich der Unterwerfung unter die Forderungen des Vatians unterziehen müssen, mag der Letztere anfänglich auch äußerlich als der nachgebende Theil erscheinen. Was soll dann aber aus dem deutschen Reiche werden! —

Nun, deshalb braucht es dem Herrn Artikelschreiber nicht bange zu sein. Was aus dem deutschen Reiche noch werden wird, wissen wir natürlich nicht; was aber aus ihm geworden ist — inklusive: Canossa — das wissen wir. Und es ist so wenig beneidenswert, daß wir von jeder Aenderung nur eine Besserung erwarten können. Doch — das „schwarze Gespenst“ muß ja bloß herhalten, um für eventuelle Fälle einem Prinzipienverrathe, zu welchem das „rothe Gespenst“ den Vorwand abgeben soll, den Weg zu bahnen. Von Herrn Lasker wurde gesagt, er habe das Ausnahmengesetz, als er dasselbe zu Gesicht bekam, für eine juristische und politische Konstruktivität und für „natürlich absolut unannehmbar“ erklärt. Entweder war dies nicht wahr, oder Herr Lasker hat sich auf die bekannte „Drehischeibe“ gestellt, oder sein eigenes Organ bekämpft ihn, was ganz amüßant wäre. —

Und nun eine konservative Stimme.  
 Die in Frankfurt erscheinende „Deutsche Reichspost“ enthält einen bemerkenswerthen Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Nehme man einmal an, daß nach dem voraussetzlichen Scheitern der Verhandlungen mit der Kurie der Kulturkampf auf's Neue entbrennt, was würde die Behörden hindern zu erklären, daß alle ultramontanen Bestrebungen darauf gerichtet seien, die Souveränität des Papstes über die des Staates zu setzen, folglich dessen Ordnung zu untergraben? oder die demokratischen Berne zu schließen, die „Frankfurter Zeitung“ nebst Bestimmungsgenossen zu verbieten, weil sie die monarchische Staatsform untergraben? Mit einigem guten Willen kann man unter solche Bestimmungen jede mißliebige Agitation, sei sie demokratisch, liberaler oder konservativer Natur, bringen. Derartige Kautschulparagrafen aber sind deshalb so verwerflich, weil sie an die Stelle, die unverantwortlich ist und sein muß, nämlich die richterliche, die Entscheidung nach willkürlichen Ermessen setzen, während ein solches Ermessen nur bei der verantwortlichen Regierung am Platze ist, der Richter aber die allgemein feststehenden Normen auf den einzelnen Fall anzuwenden soll. Es muß als ein gänzlich vergebliches Beginnen erscheinen, nachdem man Hand mit dem Liberalismus durch eine falsche Gesetzgebung der Sozialdemokratie den Boden bereitet hat, nun die Bewegung mit Verbotten ausstampfen zu wollen. Gerade so hat man zuerst den Ultramontanismus großgehäufelt und ihn dann mit Repressivgesetzen zu unterdrücken gesucht; thatsächlich aber ist er durch diesen Druck nur erstarkt und das Centrum rückt in den neuen Reichstag mit ungeschwächten Kräften ein. Man vergesse doch nicht, daß die eigentliche Armee der Sozialdemokratie nur aus Leuten besteht, die mit ihrer wirtschaftlichen Lage unzufrieden sind, und zwar keineswegs bloß aus Fabrikarbeitern, sondern ebensowohl aus den Kleingewerbetreibenden und unteren Beamten, mit einem Worte Allen, die sich gedrückt, sich isolirt und unbehaglich in ihrer Haut fühlen und deshalb den hinterbrannten Fanatikern (!) folgen, die ihnen von einer neuen Gesellschaftsordnung goldene Berge versprechen. Wenn allerdings jede revolutionäre Agitation mit Energie zu unterdrücken ist, so kommt doch alles darauf an, die franten Stellen des Volkskörpers zu heilen, aus denen die Sozialdemokratie ihre Nahrung zieht. Dagegen aber mit bloßen allgemeinen Verbotten der erwachten Art vorzugehen, heißt einfach Deutschland mit einem Neß geheimer sozialistischer Propaganda unter unschuldig klingendem Namen zu bedecken, gegen die alle Polizei ebenso machtlos sein wird, wie das neue Reichsamt, mit dem wir beglückt werden sollen, und das leicht eine verdächtige Rehnlichkeit mit der Rainzer Central-Untersuchungscommission gegen demagogische Umtriebe aus der Zeit des Bundestages bekommen könnte.“

„Glaubt die Reichsregierung, daß dieses Gesetz mehr Aussicht hat, angenommen zu werden, als sein Vorläufer, so möchte sie sich doch irren. Daß zunächst Demokraten, Fortschritt, Centrum, Polen, Esfasser wie ein Mann dagegen stimmen werden, dürfte nicht zweifelhaft sein; was sodann die eigentlichen Nationalliberalen betrifft, so sagt man wohl, daß sie in anderer Stimmung wiederkehren und gegen die Sozialisten der Regierung jede Hilfe leisten würden, wir müssen indeß es für sehr fraglich halten, ob Lasker und Bennigsen so weit gehen werden, diesen

Entwurf zu unterstützen. Es bleibt dann der nur noch dem Namen nach zur Partei gehörige, der Zahl nach aber geringe rechte Flügel unter Treisicht, der allerdings jede Forderung der Regierung ebenso unbedingt bewilligen wird, wie die Freiconservativen, denen es nicht schwer fallen dürfte, auf Verlangen des Reichsfinanzlers zu votieren, daß zwei mal zwei fünf sind. Beide zusammen aber dürften noch nicht über 70 Stimmen gebieten. Was endlich die deutschkonservative Partei betrifft, so können wir nur den lebhaften Wunsch ausdrücken, daß dieselbe sich durch ihren Wunsch, die Sache der Autorität zu stützen, nicht dazu drängen lasse, dem Volke in dem Lichte zu erscheinen, als ob sie konservativ mit ministeriell-reaktionär zu verwechseln geneigt sei, auch dann, wenn in der ministeriellen Politik kein einziger schöpferisch-konservativer Gedanke, sondern nur die Mittel des bonapartistischen Polizeistaates zu finden sind, mit denen man auf die Symptome des Uebels loszuschlagen will, die man selbst großgezogen."

In diesem Artikel ist sehr viel Nichtiges enthalten. Das in die „deutschkonservative“ Fraktion gesetzte Vertrauen ist allerdings einer fomischen Illusion entsprungen.

(Fortsetzung folgt.)

## Sozialpolitische Uebersicht.

Der preussische Entwurf, das Ausnahme-gesetz betreffend, ist aus der Berathung des Bundesrathes mit ganz geringen Abänderungen glücklich hervorgegangen und wird fast in seiner ursprünglichen Gestalt dem Reichstage zur Berathung und Annahme vorgelegt werden. Der Bundesrath hat die Appellinstanz, das „Reichsamt für Vereinswesen und Presse“ gestrichen und sich selbst an dessen Stelle gesetzt. Der Instanzenweg ist dadurch höchstens noch etwas schwerfälliger geworden; der reaktionäre Bundesrath wird ebenso, wie das reaktionäre Reichsamt schon seine Schuldigkeit thun. — Dann soll das confiscirte Vermögen der Sozialdemokraten nicht den Ortsarmen zu Gute kommen; es wollen vielmehr die Regierungen freie Verfügung über diese „annehten“ Gelder behalten. Ob mit denselben besonders eifrige „Sozialistenfresser“ dotirt werden sollen, ist nicht gesagt. Die übrigen Abänderungen sind so unwesentlich, daß wir sie nicht zu erwähnen brauchen.

Also doch ins Irrenhaus. Nach einer anscheinend offiziellen Notiz, welche jetzt durch die Presse geht, dürfte Kobling demnächst in eine Irrenanstalt übergeführt werden. Es ist aus dem Verbrecher nichts herauszubekommen; seine Aeußerungen lassen auf Geistesstörung schließen, so heißt es jetzt. Früher hat man aber aus ihm „herausbekommen“, daß er Sozialdemokrat sei, und als Sozialdemokrat auf den Kaiser geschossen habe. Und damals war der Mann genau so geistes-gelübt wie jetzt. Ist Niemand an maßgebender Stelle, der dies hervorhebt? Der weiter hervorhebt, daß der jetzt irr-sinnige Kobling aller Wahrscheinlichkeit nach, ja, — wenn man die ererbten Körper- und Geistes-eigenschaften des Mannes ins Auge faßt — unzweifelhaft auch schon zur Zeit, wo er das Attentat beging, an Geistesstörung litt? Und ist Niemand an maßgebender Stelle, der die Konsequenz hat zu erklären, jetzt, da der Irrsinn des Kobling konstatiert sei, müsse auch das Ausnahme-gesetz fallen gelassen werden, das auf der Annahme des vernünftigen, des zurechnungsfähigen Kobling beruht? Schade, daß die Behörden sich geweigert haben, den Kopf Lehmann-Hödel's an Witschow zu schädel- und Hirnuntersuchung anzuhändigen (siehe unsere Berliner Corr.). Oder auch nicht Schade. Denn es wäre doch entsetzlich gewesen, wenn uns klar und deutlich vordemonstrirt worden wäre, daß die deutsche Geschichte der letzten drei Monate und wer weiß, auf wie lange noch hinaus, das Werk von zwei Narren ist.

Denunciantenpad. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom vorigen Sonnabend publicirt und indossirt folgende Leistung des berüchtigten Dernburg:

## Zum Verbrechertum in Preußen.

Bei Gelegenheit der Jahresversammlung der Rheinisch-Westfälischen Gefängnißgesellschaft hielt der Gefängnißprediger Stursdorf einen Vortrag über die Fortschritte des Verbrechertums in Preußen seit 1871 und suchte deren Ursachen zu ergründen. Da wir auf die einschlagenden Ziffern noch zurückkommen werden, erwähnen wir hier nur kurz, daß die Zahl der Strafgefangenen in den vom Ministerium des Innern reorganisirenden Strafanstalten um circa 50 Prozent und die von den Schwurgerichten abgeurtheilten Verbrechen um volle 100 Prozent zugenommen haben. Ueber die eigentlichen Ursachen dieser Art Fortschrittes läßt sich der Redner, nachdem er vorher den Einfluß der Kriege u. s. w. berührt hat, wie folgt vernehmen: „Mit den Milliarden aus Frankreich ergoß sich eine Oer nach Gold in alle Adern unseres Volkslebens, die Lösung war, rasch und möglichst mühelos reich zu werden; ruhige Arbeit galt nichts mehr, und der Arbeiter mähete, daß Kunst und Wissen für das Handwerk überflüssig geworden sei. Wozu noch eine Lehrzeit, es gab ja Gelegenheiten genug zu gut bezahlter Beschäftigung für den Lehrling. Mit der Geldgier paarte sich Genußsucht, trunkenes Schwelgen in der maßlosten Vertriebung aller Lüste. Dann kam der Rückschlag und man sah, wie alle Mittel der Lüge und des Betruges angewandt worden waren, um der geringen Menge das Geld aus der Tasche zu loden. Nun wanderte Mancher in's Gefängniß, Mancher streifte nur eben mit dem Kermel daran vorbei; aber unser Volk war ärmer geworden und ein großes Kapital von Redlichkeit und Wahrhaftigkeit in Handel und Wandel, die sittlichen Begriffe von Recht und Unrecht waren gründlich verwirrt. Was ist eine Veruntreuung von einigen Thalern gegenüber der Erschwindelung von Tausenden, die oft genug strafflos bleiben muß? — In Folge des furchtbaren Krachs kamen die finanziellen Verhältnisse in's Schwanken, man wollte sich halten, man falschte und betrog. Derselben Verlockung erlagen viele Commis, um das begonnene ausschweifende Leben ferner mitmachen zu können. Die Zahl solcher Kaufleute ist noch immer im Steigen; im Gefängniß zu Rendsburg nehmen sie eine der höchsten Ziffern ein. Auch die Aufhebung der Schuldhaft und die unbeschränkte Wechselbarkeit ist für Viele zum Falle geworden. Die Wechsel-fälschungen nehmen zu, weil, wie die sächsische Staatsanwaltschaft betont, eine Menge Firmen falsche Wechsel lieber annehmen als echte, da sie in der Drohung mit der Anzeige ein Mittel besitzen, den Schuldner leichter zum Einlösen zu zwingen. Die Vermehrung der Schank-wirtschaften dauert ungehindert fort, ebenso die der Cafés chantants und Varietés-theater, lauter Zuchtstufen roher Sinnlichkeit! Dazu kommt die Zuchtlosigkeit und Gemeinheit eines Theils der Presse, in der Alles in den Staub gezogen wird; von der es bereits heißt: gezogen wie telegraphirt! An den Bahnhöfen werden die traurigsten Nachwerke feil gehalten, und was für Dinge erst im Annoncentheil unserer gelesesten Blätter, z. B. des „Kladderadatsch“, empfohlen werden, das hält man

„Die „National-Zeitung“ entnimmt der sozialdemokratischen „Berliner Freien Presse“ einige Stellen, die sie zu den giftigsten Blättern der sozialdemokratischen Publicistik zählt. So z. B.: „Der Streich, der das Haupt des Halbidioten Lehmann-Hödel vom Kumpf trennte, war ein symbolischer Act. Den Lehmann-Hödel schlug man, und die Sozialdemokratie meinte man; die Köpfung des Lehmann-Hödel sollte die Köpfung der Sozialdemokratie bedeuten. . . Ja, was anders (als der politische Meuchelmord) bleibt den Russen übrig, wenn sie sich nicht hammelgleich von den Mensenzow und Consorten scheeren, prügeln, würgen und abschlachten lassen wollen? Was anders bleibt ihnen übrig? Wir fragen unsere Feinde. Disce moniti! (Vernt — ihr seid gemahnt!).“

Dann fügt die „National-Zeitung“ hinzu: „Wenn das sozialdemokratische Blatt es ausdrücklich darauf abgesehen hätte, den Beweis zu führen, daß die gemeingefährliche Tendenz der Presse seiner Partei nicht anders als durch gänzliche Unterdrückung unschädlich zu machen ist, so muß man anerkennen, daß es Meister in der Kunst zweckentsprechenden Vorgehens ist. Der Grund, weshalb wir uns heute ausnahmsweise mit einem Artikel des sozialdemokratischen Parteiorgans beschäftigen, ist folgender: Wir möchten seitens der Regierung die Frage beantwortet sehen, ob in der That die bestehende Gesetzgebung nicht ausreicht, um die Verbreitung eines solchen Schriftstücks zu hindern? Oder hält man es etwa für erforderlich, für den Reichstag noch mehr Material zur Motivirung des zu erwartenden Gesetzentwurfes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie herbeizuschaffen?“

Eine infamere, böswilligere Denunciation ist nie vorgekommen. Nicht um eine Rechtfertigung des politischen Meuchelmords, wie die „National-Zeitung“ insinuirt, handelt es sich in dem denuncirten Artikel der „Berliner Freien Presse“, sondern um den Nachweis, daß die Abschreckungstheorie ein durch die Praxis widerlegter Unsinn ist, und um die Warnung vor ruffischen Zuständen, die den politischen Meuchelmord züchten. Hätte die „National-Zeitung“ den ganzen Artikel abgedruckt, dann würde dies sofort sonnenklar zu Tage getreten sein. Wir citirten schon in voriger Nummer das bekannte Wort Custine's. Der politische Meuchelmord war von jeher eine russische Institution und wird es bleiben, so lange das autokratische Wülfur Regiment dort besteht. Und es soll eine Aufforderung zum Meuchelmord sein, wenn vor Zuständen gewarnt wird, welche den politischen Meuchelmord mit Naturnothwendigkeit erzeugen! Das ist ja eine niederträchtige Unterchiebung. Der Zweck der „Nat.-Ztg.“ liegt beiläufig auf der Hand: ihr schon beschlossener Freireichs-Rath soll entschuldigt und beschönigt werden. Das wird ihr nimmermehr gelingen. Der Neben-zweck aber, einem mächtig aufblühenden Konkurrenzblatt einen Knäppel zwischen die Beine zu werfen, ist bereits erreicht: Herr Tesendorff konnte natürlich nicht liberaler sein als Dr. Fröh Dernburg und hat die Beschlagnahme der denuncirten Artikel enthaltenden Nummer der „Berliner Freien Presse“ angeordnet, jedoch nicht wegen angeblicher Aufreizung zur Gewalt, wie die „National-Zeitung“ es wollte, sondern wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung, die allerdings sehr „in-direkter“ Natur sein muß, da es uns nicht gelungen ist, dieselbe zu entdecken.

Ja, Bauer, das ist etwas ganz Anderes. Die liberalen Zeitungen, die „Kölnische Zeitung“ voran, erklärten es für eine faule Ausrede, als wir behaupteten, „daß in vielen Wahlkreisen, wo eine sozialdemokratische Candidatur vollständig aussichtslos gewesen sei, unsere Parteigenossen vielfach sich der Stimmabgabe enthalten hätten. Das beweise aber noch durchaus keinen Rückgang an den betreffenden Orten. Die „Kölnische Zeitung“ constatirte, wie oben erwähnt, die „faule Ausrede“ unseinerseits und den Rückgang der Sozialdemokratie. In Nr. 235 dieses Blattes nun befindet sich eine Correspondenz aus München, in welcher über die Reichstagswahlen in Bayern berichtet wird

und in der es wörtlich heißt: „So ist z. B. bei den letzten Wahlen, Dank der Ueberraschung, welche der Auflösungs-Mas mitten in der Erntezeit bereitete, vielfach in denjenigen Wahlkreisen, wo die Liberalen ohne jede Aussicht des Erfolgs wählten, die Wahlbetheiligung eine viel lässigere gewesen, als zu anderen Zeiten. Es wäre durchaus verkehrt, daraus auf einen Rückgang der liberalen Gesinnung schließen zu wollen.“ — Ja „Kölnerin“, „es wäre durchaus verkehrt“, wenn wir über solche Kleinigkeiten mit einem gefinnungslosen Blatte rechten wollten. Nicht wahr?

Wie Zeitungen geschrieben werden. Eins der bestredigirten gegnerischen Blätter ist anerkanntermaßen die „Magdeburger Zeitung“. Woblan: unter den Titel: „Die Stichwahlen“ brachte dieses Blatt vor einigen Tagen einen Artikel, der Folgendes leistete. Ungefähr in der Mitte heißt es: „Die unnatürlichsten Bündnisse wurden zu diesem Behufe (Bekämpfung der Nationalliberalen) geschlossen“. Unter diesen unnatürlichsten Bündnissen wird dann in erster Reihe das „der Sozialdemokraten und Ultramontanen“ aufgezählt. Genau 44 Zeilen weiter findet sich nachstehender Passus:

Von den Sozialdemokraten konnte man von vornherein annehmen, daß sie überall bei den Stichwahlen demjenigen Candidaten ihre Stimme geben würden, welcher versprach, in möglichst scharfer Opposition zur Regierung zu treten. Jeder, der überhaupt gegen alle Ausnahme-gesetze zur Einschränkung der Sozialdemokratie zu stimmen entschlossen war, mußte ihnen willkommen sein. Dieses Vorgehen war so in der Natur der Sache begründet, daß wir über dasselbe absolut nicht erstaunt sein konnten.“

Also das „unnatürlichste Bündniß“ ist „so in der Natur der Sache begründet“, daß man darüber, als über etwas Selbstverständlichem, „absolut nicht erstaunt sein kann!“ Und solch haarsträubendes — Blech schreibt eins der bestredigirten, wo nicht das bestredigirte der gegnerischen Blätter in einem an erster Stelle prangenden Leitartikel, der beiläufig am feinsten Haarbrett schlechter geschrieben ist, als die übrigen Leitartikel der „Magdeburger Zeitung“. Da mache man sich einen Bess auf die deos minorum gentium (die kleineren Größen) unserer herrschenden Presse.

Die Kriegervereine sind bei der jüngsten Wahlbewegung von den Liberalen und Fortschrittlichen vielfach als Versammlungssprenger gegen die Sozialdemokratie benutzt worden. Da nun in letzter Zeit die Conservativen dies Manöver von den Liberalen gelernt haben und es gegen Letztere ausüben, wimmern die liberalen und fortschrittlichen Zeitungen schon in Hinblick auf die Zukunft, in der die Conservativen erst recht ihre Kriegervereinsbataillone gegen den Liberalismus marschieren lassen werden. — Dem Liberalismus ist wiederholt das Sprüchlein unter die Nase zu reiben: „Was du nicht willst, das man ic.“

Zum Untergang des „Großen Kurfürsten“. In der „Leipziger Zeitung“, dem offiziellen Organe der sächsischen Regierung, behauptet jetzt ein früherer Seemann ganz unverhüllt, Admiral Batsch trage die Hauptschuld an dem furchtbaren Unglück bei Folkestone. Das Ausweichen eines in geschlossener Ordnung dampfenden Geschwaders vor einem bezeugenden Schiffe sei nie ganz ungefährlich und erfordere überaus genaues Achtgeben. Das hätte der Admiral wissen müssen, und es sei ein Räthsel, wie er in einem so belebten Fahrwasser, wie der Kanal zwischen Dover und Calais ist, das Geschwader in geschlossener Formation habe gehen lassen können. Nach diesem sachmännischen Urtheil dürfte die kriegsgerichtliche Untersuchung doch noch von Interesse sein. Es war bis jetzt allgemeine verbreitete Ansicht, daß Niemand schuld an dem Unglücke sei, daß der „Große Kurfürst“, so zu sagen von selbst in's Verderben gerannt sei.

nicht für möglich, wenn man nicht selbst einmal den Versuch anstellt. (Redner hat sich Kataloge, Photographien und Bücher [für Lebemänner], die im „Kladderadatsch“ angezeigt waren, kommen lassen und legt dieselben zum Theil vor.) Tiefster Schmutz und bodenlose Gemeinheit ist für den Inhalt die einzige Bezeichnung. Da wird es begreiflich, wenn gerade die Verbrechen gegen die Sittlichkeit zunehmen. — Aber auch der Kulturkampf hat in dieser Beziehung geschadet. Das Grauen vor den Gefängnißmauern ist verschwunden, seitdem Bischöfe und Geistliche darin saßen, die das Volk nicht für Verbrecher, sondern für Märtyrer ansah.“

So weit der Herr Pastor in seinem gerechten Eifer. Kein Wort von der Sozialdemokratie, welche von den oberflächlichen Leuten und von den liberalen Lügnern für die Steigerung der Verbrechen verantwortlich gemacht wird. Aus den Beispielen geht vielmehr hervor, daß der Pastor, wenn er von der Zuchtlosigkeit und Gemeinheit der Tagespresse spricht, lediglich die herrschende Presse meint, da gerade wir es sind, welche die angegebene Uebel fast einzig und allein in unserer Presse bekämpfen.

Ferner sei bemerkt, daß der neue Kulturkampf, der jetzt hereingebrochen ist, das Grauen vor den Gefängnißmauern vollständig vernichten wird, da es nach Annahme des Ausnahme-gesetzes in wenigen Jahren fast keinen anständigen Mann in Deutschland mehr giebt, der nicht im Gefängniß gewesen wäre. — Die wirklichen Verbrecher können sich bei unseren Staats-leukern somit bedanken.

Wer untergräbt die Autorität und verroht die Massen? Der Berliner „Staatsbürgerzeitung“ wird von einem Correspondenten geschrieben:

Ein mehr als unerquickliches Schauspiel wurde neulich Abends durch ein Rudel zehn- bis zwölfjähriger Jungen aufgeführt, und zwar auf den Wiesen, die zwischen der Bülow- und Großgörschenstraße die Potsdamer Bahnlinie begrenzen. Es handelte sich nämlich um nichts mehr und weniger, als um die regelrechte Parodie der Hödel'schen Hinrichtung. Offenbar hatten die Bengel daheim im Familienblatt den ganzen Verlauf der grausigen Prozedur mit aller Aufmerksamkeit gelesen; denn sie gingen bei ihrer rohen Pöbel durchaus programm-gemäß zu Werke. Inmitten zweier Kameraden, die augenscheinlich als Pastoren figurirten, kam, von Schulknechten eskortirt, der arme Sünder auf den Richtplatz geschritten, wo, von Steinen und Rasenstücken aufgeschichtet, der verhängnißvolle Bloß seiner bereits harte. Mit feierlicher Amtsmiene ein Blatt Papier entfaltend, trat einer der Bengel, der als „Richter“ fungirte, vor, um dem Delinquenten nochmals sein Todesurtheil zu verlesen, das der Pseudo-Hödel mit demonstrativem Knuspuden und einem Hochruf auf die Commune randglossirte. Auf sein Weil gekniff — ein Stock, in den ein beiläufig zugeschnittenes Stück Pappe eingeklemmt war — stand im Hintergrund in möglichst

theatralischer Position der Scharfrichter mit seinen Knechten. Ihm winkte der Richter. „Ich übergebe Ihnen den Herrn Hödel — machen Sie ihn man um einen Kopp kürzer.“ Nun traten die Knechte vor und geleiteten den links und rechts ansputenden armen Sünder zum Bloß, wo seine Fesselung markirt wurde. „Ja sterbe unschuldig,“ schrie nochmals der Delinquent, dann „blüthe das Weil und begrub sich „knirschend“ in den Nacken des Bösewichts, der im nächsten Moment sich in den burlesksten Todeszuständen auf dem Rasen wand, und zwar kopflos; denn er hatte sich seine Jacke über den Kopf heraufgezogen. Ein alter Herr, der diesem brutalen Spiel zugehant hatte, konnte nicht umhin, seiner gerechten Entrüstung Ausdruck zu geben, doch die Repräsentanten des jungen Deutschlands lachten ihn aus und ein paar Pennsträber, die gleichfalls dabei standen, zollten dem furchtbaren Todesgang des Pseudo-Hödel eine solch unzweideutige Anerkennung, daß der alte Mann, in Anbetracht, daß ihm keine unmittelbare Unterstützung zur Seite war, es für räthlich erachtete, seines Weges weiter zu gehen.“

Ein prächtiges „Kulturbild“ das! Wir zweifeln nicht, daß der große Staats- und Gesellschaftsreiter, Scharfrichter Krautz, demnächst dem Ruhm unserer übrigen nationalen Helden, der Wolke u. s. w., erfolgreiche Konkurrenz machen wird. Zum Cultus der Hinterlader gehört auch der Cultus des Denker-beils.

Hüttner als Gelehrter. In einer der letzten Nummern des „Leipziger Tageblatt“ wirft dieser tiefgründige Geist uns Unwissenheit vor (man denke: Hüttner!), weil wir in der neulich von uns gebrachten Notiz über den Ursprung der Fabel von den drei Ringen Boccaccio nach 1480 leben ließen, während er doch notorisch schon mehr als hundert Jahre früher gestorben ist. Die Gelehrten des „Tageblatt“ haben in ihrem Eifer übersehen, daß unsere Mittheilung, mit Quellenangabe, einem anderen Blatt entnommen ist, und die vermeintliche „Unwissenheit“ sich einfach auf die Unfähigkeit der „Tageblatt“-Redaktion, richtig zu lesen, reduziert. Es heißt nämlich nicht, daß Salomo de Birgo, der 1480 lebte, der Urheber der Fabel sei, sondern daß er ihren Ursprung erzählt und sie auf einen historischen Vorgang unter dem spanischen König Don Pedro dem Keiteren zurückgeführt habe. Wann dieser König gelebt, das möge das „Tageblatt“ im Brodhaus'schen Conversationslexikon nachschlagen, und, falls es dann noch sein Licht leuchten lassen will, sich an die Adresse des von uns citirten „Zyranen“ in Mainz wenden. Und nun Herrn Hüttner unseren Dank. Er hat uns wirklich amüsert — der gelehrte Hüttner geht noch über den lautestehenden Graurod.

In einem kleinen Orte bei Ried in Bayern geschah es, daß zur „Wilhelmspende“ gesammelt, aber nichts gegeben wurde, als zehn Reichspennige, so der Bürgermeister alda durch Sammeln von Haus zu Haus zumege brachte. Selbige Reichspennige hatte ein Mann aus purem Mitleid, mit dem Bürger-

„Die frechen, unverschämten Arbeiter!“ Auf Juche „Vereinigter Dohelle“ in Fischlaken bei Offen, deren Stollen im Anfange dieses Jahres durch Tagesbrüche verschüttet wurden, und welche bis jetzt, trotz ununterbrochener Tag- und Nachtschichten, noch nicht von dem Schutt befreit sind, haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil sie seit ca. 3 Monaten keinen Lohn erhalten haben. — Das sind unverschämte Burschen, die wegen einer so geringfügigen Ursache die Arbeit gleich einstellen. Von den verschämten Sozialdemokraten sind diese widerhaarigen Leute einfach verführt worden — nicht wahr, ihr Herren von der liberalen Presse, nicht wahr ihr liberalen Herren Fabrikanten?

— Ein Brief Garibaldi's. Der „Einsiedler von Caprera“ hat unterm 18. d. an einen seiner Freunde einen Brief gerichtet, in welchem er sich in den schärfsten Ausdrücken über die Früchte des „Dreikaiserbündnisses“ ergeht, welches das „Prinzip des Despotismus“ vertritt, und, nach einigen drastischen Bemerkungen über die Canossareise unseres Herrn Reichskanzlers, auch auf das Kobling-Attentat und die deutsche Sozialdemokratie zu sprechen kommt. „Ich habe natürlich,“ so schreibt Garibaldi, „den Nordversuch auf das ehrwürdige Haupt des deutschen Reiches getadelt, einen Nordversuch, der mehr durch religiösen Fanatismus (?), als durch Freiheitsbestrebungen eingeleitet worden ist. In dem Programme der deutschen Sozialisten sehe ich nichts Erschreckendes. Ich finde darin zwei Forderungen, die den Traditionen meines ganzen Lebens entsprechen und für die Befreiung der moralischen und materiellen Lage des Volkes unentbehrlich sind. Diese Forderungen sind: die Erhebung einer einzigen Steuer (der progressiven Einkommensteuer) und die allgemeine Volksbewaffnung. Es begreift sich, warum es den Kaisern nicht paßt, daß das Volk bewaffnet sei, um nach Bedürfnis das Vaterland zu verteidigen und gleichzeitig es durch die Arbeit zu befruchten. Sie ziehen bewaffnete Massen vor, die ihnen willenlos gehorchen, wie „der Säbel, der haut“ (comme le tranchant d'un sabre).

„Auf unserer Seite fehlt es nicht an Männern, die fähig sind, unter den Auspizien der Gerechtigkeit und der Freiheit eine Organisation zu organisieren, stark genug, die Hochstult des Despotismus und den — zu brechen. Wir brauchen einen un-diplomatischen Congress, dem in Paris Viktor Hugo präsidirt.“ So Garibaldi, den unsere Gegner so oft gegen uns in's Feld zu führen versucht haben. Daß wir übrigens von einem „undiplomatischen Congress“, präsidirt von Viktor Hugo, nicht viel halten, das wissen unsere Leser zur Genüge.

— Der französische Arbeitercongrès zu Lyon faßte bekanntlich eine Resolution des Inhalts, daß Anfangs September zu Paris ein allgemeiner (internationaler) sozialistischer Congress tagen solle. Von Seiten des Ministeriums des Inneren, sowie der Polizeipräfektur wurde den Mitgliedern des zur Organisation des Congresses gewählten Comité's vor einigen Wochen der mündliche Befehl, der Congress dürfe nicht stattfinden. Das Comité will sich hierdurch aber nicht abhalten lassen, und hat folgende Protest-Erklärung veröffentlicht:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Comité's für den Empfang der Arbeiterdelegierten auf der Weltausstellung von 1878 und für die Veranstaltung eines internationalen sozialistischen Arbeitercongresses, denen sich die für diesen Congress bereits ernannten Vertreter der Arbeitergruppen angeschlossen haben, erklären unter Bezugnahme auf das gegen diesen Congress von der Polizeipräfektur und dem Ministerium des Inneren mündlich verkündete Verbot:

„In Erwägung, daß die Arbeiterklassen, wie alle anderen Kategorien von Bürgern, eigentümliche Interessen haben, welche zu verteidigen ihr Recht und ihre Pflicht ist; daß die französischen und insbesondere die Pariser Arbeiter, indem sie bei Gelegenheit der Ausstellung die Arbeiter der anderen Länder empfangen, um mit ihnen gewisse Fragen von gemeinsamem

meister nämlich, der selber nichts „zeichnet“, gesendet. Als die Sammlung mit sohanem glänzenden Resultat beendet war, schrieb der Dorfkonsul das Ergebnis seiner Sammlung an's hohe Comité nach Berlin mit dem Bemerkten, daß selbiges Ergebnis — außen befindlich, nämlich als Freimarkt auf den Brief gepappt sei.

— Herrlich ist's im deutschen Reich. Nachstehendes Schreiben erhalten wir aus Bonn a. Rh.: „Folgendes ist zu lesen in der „Deutschen Reichszeitung“:

„Eine alleinlebende arme Frau, deren Mann als Soldat dient, bittet gütige Menschen um etwas Weinen, um ihr surchtbar verbranntes Kind heilen zu können. Näheres Commanderiestraße 9.“

Da ich als Arbeiter weiß, welches gewaltige Stend solcher Annonce vorausgeht, bitte ich als ein Zeugnis des großen Jammers, welcher in unserem Vaterlande herrscht, diese Notiz im „Vorwärts“ aufzunehmen.

— Die Wahlergebnisse aus Sachsen berichtet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wie folgt:

Königreich Sachsen. 8. Wahlkreis (Birma). Abgegeben 11,275 Stimmen. Gewählt Advokat Eysold (Fortschritt) mit 7983, gegen Amtshauptmann von Ehrenstein (cons.) mit 3241 Stimmen. — 15. Wahlkreis (Zwickau-Leipzig). Abgegeben 16,377 Stimmen. Jurist Bahleitz (Soz.) mit 8711 gegen Dr. Julius Gensel (nat.-lib.) mit 7591 Stimmen.

Dazu bemerkt die „Chemnitzer Freie Presse“: Man stelle sich einen Wahlkreis „Zwickau-Leipzig“ vor, was das für ein geographisches Ungehum sein müßte! Und dazu einen straflosen Juristen als Vertreter, welche wunderbare Fügung! Man sollte aber doch meinen, das Organ der preussischen Regierung müßte von der Geographie und den Verhältnissen derjenigen Länder, die von Preußen annektiert oder halbannektiert sind, etwas besser unterrichtet sein. Sonst verspottet man immer die Franzosen wegen ihrer ungenügenden Kenntnis Deutschlands in geographischer Hinsicht. Ein „Wahlkreis Zwickau-Leipzig“ in einem preussischen Regierungsblatte, das ist aber unzweifelhaft das drolligste aller Beispiele von Unwissenheit über deutsche Ortsverhältnisse.

— Der Scharfrichter Krauts, Ritter des eisernen Kreuzes, soll, wie conservative Blätter melden, von den Anhängern der Todesstrafe als Candidat zum Reichstage im zweiten Berliner Wahlkreis bei der am 4. September stattfindenden Nachwahl aufgestellt werden. Der hochverdiente und in den jüngsten Tagen hochgeehrte Mann würde jedenfalls eine Bierde für den gegenwärtigen deutschen Reichstag sein. Daß Krauts für das Ausnahmegesetz und gegen Abschaffung der Todesstrafe stimmen wird, gilt als sicher.

Interesse durchzusprechen, nur das Beispiel der Schriftsteller befolgen, welche vor zwei Monaten zu einem internationalen Congress zusammengetreten sind, sowie der Kaufleute und Gewerbetreibenden, welche eben jetzt in dem offiziellen Trocadero-palast tagen; in Erwägung, daß die in dieser Weise für die Arbeitgeber gefallenen Grenzen nicht willkürlich gegen die Arbeiter wieder aufgerichtet werden können, ohne daß sich die Republik einer Rechtsverweigerung schuldig machte, vor der selbst eine Monarchie zurückzucken würde; in Erwägung ferner, daß der sozialistische Arbeitercongrès sich schon durch die von ihm angenommene Form einer Privatversammlung der Einmischung der Behörde entzieht, die ihn aus diesem Grunde weder zu gestatten, noch zu verbieten hat, sondern in ihm nur die Ausübung eines unanfechtbaren Rechts, der Freiheit und der Unverletzlichkeit der Wohnung erblicken muß, wobei es ihr namentlich unbenommen bleibt, wenn Vergehen begangen werden sollten, die Schuldigen vor die kompetenten Gerichte zu stellen; in Erwägung endlich, daß die Pariser Arbeiter, welche diesen Congress vorbereiteten, um einem Beschluß des letzten Arbeitercongresses von Lyon nachzukommen und es für sie eine Ehrensache ist, die Ausführung dieses Beschlusses zu betreiben:

1. daß sie einem mündlichen Verbot, welches nur von Kastengeist eingegeben ist und jeder juristischen Grundlage entbehrt, keine Berücksichtigung schenken können;
2. daß der international sozialistische Arbeitercongrès an dem ursprünglich bestimmten Zeitpunkte, also vom 2. bis 12. September 1878 stattfinden wird.“

Wir sind überzeugt, der französische Minister des Inneren und die Pariser Polizeipräfektur werden die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den, freilich kaum mehr nöthigen Beweis zu liefern, daß, wer die Nacht hat, auch das Gesetz für sich in's Feld führen kann. (Das endgültige Verbot ist inzwischen erfolgt.)

— Gegen den Lehrer Dr. Karl Schmidt zu Kiel ist das Disciplinarverfahren eingeleitet worden, weil er mit unserem dortigen Parteiorgan, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Verbindung gehabt hat. — In Halle wurde der frühere Redakteur der „Halle'schen Freien Presse“, Kreuz, wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft und des Herrn Wölfel aus Merseburg zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Der Redakteur der „Bergischen Volksstimme“, Oppenheimer ist in Haft genommen worden. — Genosse Granewald in Altenburg wurde wegen Beamtenebeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

## Correspondenzen.

Berlin, 25. August. Wie Sie vielleicht schon auf anderem Wege erfahren haben, sind die Nummern 195 und 196 der „Berliner Freien Presse“, allerdings nur bei geringer polizeilicher Ansehens, confiscirt und der verantwortliche Redakteur, Genosse Kultrabed, verhaftet worden. Wahrscheinlich haben hierzu die Denunziationen, welche die „liberalen“ Blätter, die „National-Zeitung“ und die „Tribüne“ brachten, den Anstoß gegeben; beide Schmutzzeitungen machten nämlich die Staatsanwaltschaft direkt auf die Artikel des hiesigen Parteiorgans „Das Henterei“ aufmerksam. Der zweite confiscirte Artikel war der „Wage“ entnommen, betitelt: „Das Untergrabungsgesetz“. Die „Wage“ selbst ist dieses Artikels halber gleichfalls confiscirt worden. Wie ich vermuthet, glaubt die Staatsanwaltschaft in beiden Artikeln „Kronprinzenbeleidigungen“ zu erblicken. Ja, ja! die „liberalen Kronprinzen“! Auflösung des Reichstags zum ersten Male seit seinem Bestehen; nach zehnjähriger Pause die erste Verfassung eines Todesurtheils und das erste wirkliche Ausnahmegesetz in Preußen-Deutschland. Freiheitliche gefasste Leute werden dem Kronprinzen nunmehr nicht gerade die heißeste Liebe entgegenbringen. — Die „Berliner Freie Presse“ aber antwortet auf die liberalen Denunziationen würdig und kräftig, indem sie schreibt:

„Wir wußten, was wir thaten, als wir die beiden confiscirten Artikel in den Druck gaben, wir thaten damit nur, was uns die Pflicht gebot. Wir wußten und glaubten, als wir dies thaten, noch nicht, daß die nationalliberale Partei bereits so tief gesunken sei, daß ihre Hauptorgane, die „National-Zeitung“ und die „Tribüne“, die Geschäfte des Denunzianten besorgen würden. Daß wir dies erlebt und daß dies aus Anlaß unserer Artikel für alle Welt offenkundig geworden, es ist ein bedeutungsvoller Beitrag zur Klärung in unserem öffentlichen Leben und wir sind stolz darauf, den Anlaß gegeben zu haben. — Piloty, der Denunziant, war Privatmann und die allgemeine Verachtung, welche seiner That folgte, traf ihn als Privatmann. Hier haben wir die beiden offiziellen Organe der großen liberalen Partei, beide wetterfernd, Piloty den Rang abzulaufen. Mögen ihnen die errungenen Lorbeeren nicht verfaßmirt werden.“

Ich will hier nur noch hinzufügen, daß der Redakteur der „National-Zeitung“ Fritz Dernburg und der Redakteur der „Tribüne“ Karl Braun („Unser Braun“) heißt.

Unsern alten Genossen Demmler in Schwerin will nun einmal der Ordnungspöbel nicht in Ruhe lassen. Anlässlich der Wahl von Frißche telegraphirte nämlich Demmler an die Redaktion des hiesigen Parteiorgans folgenden Glückwunsch: „Freude und herzlichen Glückwunsch zu dem großen Sieg, und Dank allen Wählern, welche zu diesem glänzenden Resultat beigetragen. Demmler.“ — Die conservativen „Medienburger Anzeiger“ bringen dies Telegramm und fügen folgende Bemerkung hinzu: „Es wäre wohl in seinem eigenen Interesse besser, wenn der alte Herr nach den bekannten Vorfällen der letzten Monate es vermied, sich durch demonstrative öffentliche Kundgebung seinen Gegnern wieder in unliebsame Erinnerung zu bringen.“ Dies heißt auf Deutsch: „Medienburgischer Pöbel, der du dem alten Sozialdemokraten Demmler schon mehrmals die Fenster eingeworfen hast, zeige, daß du noch auf dem Posten bist — Steine giebt es noch in Hülle und Fülle. Wie konnte auch der freche alte Mann nach Berlin einen Glückwunsch zum sozialdemokratischen Wahlsieg telegraphiren — das war äußerst unverschämmt; deshalb, süßer „liberaler“, süßer conservativer Pöbel, frisch „an die Arbeit!“

Welche Elemente sich übrigens in der Ordnungspartei befinden, das geht aus folgendem geschmackvollen Briefe hervor, den die Redaktion der „Berliner Freien Presse“ erhalten hat: „Endlich! Endlich! Endlich! In Harburg sind letzten Sonntag 6 Curer von Euch vertretenen Hundestümmel erschossen worden. Wann kommt Berlin an die Reihe? Jedenfalls seht Ihr, daß man keinen Spaß mehr mit Euch Lawlepaß versieht. Nur nicht gemütht, sonst seht es Schüsse in Eure verfluchten verhoffenen Kartoffelgesichter. E. Resse.“

Ob dieser Resse wohl Soldat war, ob er wohl das eiserne Kreuz befiel?

Noch will ich bemerken, daß Professor Virchow den Hodelkopf zur Untersuchung ausgraben lassen wollte, daß ihm aber dies verweigert worden ist. Warum? Angenehm wäre es gewiß

nicht gewesen, wenn die Wissenschaft dokumentirt hätte, daß man einem Idioten den Kopf abgeschlagen habe.

Berlin, 14. Aug. Im Juni d. J. befand ich mich schwer erkrankt in der hiesigen Charité. Da mich sehr oft die Langelweile plagte, so brachte mir meine Braut oftmals die „Berliner Freie Presse“. Eines Tages las ich darin ganz harmlos, als auf einmal der Stationswärter an mich herantrat und mir die Zeitung mit den Worten wegnahm: „Das Lesen der „Berliner Freien Presse“ ist hier verboten.“ Er sagte ferner, daß Sozialdemokraten aus der Charité entfernt werden müßten. Ich erwiderte, daß ich von einem solchen Verbot nichts wüßte. Am anderen Tage erschien der Inspektor und frug mich, wer mir die Zeitung gebracht habe, ob ich Abonnent derselben sei. Ich gab dem Herrn die mir passend scheinenden Antworten. Am Nachmittag desselben Tages erklärte mir der Stadtsarzt, daß ich wegen Lesens der „Berliner Freien Presse“ aus der Anstalt sofort entlassen würde. Nun stellen Sie sich meine Situation vor, ich als Schwerkranker sollte auf einmal das Krankenhaus verlassen, auf die Straße geworfen werden? Ich erhielt einen Entlassungsschein, auf welchem stand: „Auf Befehl der Direction entlassen.“ Selbst meine Leidensgefährten waren entrübt über solch ein Verfahren. Doch was half Alles? Ich mußte mich ins Unvermeidliche fügen und fand im katholischen Krankenhause liebevolle Aufnahme und Pflege. Auch dort konnte man diesen Vorfalle nicht begreifen. Der Vorstand der Tischler-Krankenkasse, der ich angehöre, richtete wegen dieses Vorfalles ein Schreiben an die Charité-Direction, es soll aber noch keine Antwort eingegangen sein. Nun mache sich jeder Arbeiter einen Vers dazu? Die Krankenkassen müssen für ihre kranken Mitglieder schönes Geld an die Verwaltung zahlen, und es soll den Kranken nicht gestattet sein, die Blätter zu lesen, welche ihre Interessen vertreten? Und warum entläßt man Schwerkranker so plötzlich? —

Dresden, 25. August. Gegen unfern Genossen Richard Tröger ist Anklage erhoben wegen Majestätsbeleidigung. Vor der Wahl war Tröger schon einige Tage inhaftirt, und zwar wegen eines Schmähbrieves, welchen die Redaktion der „Dresdner Nachrichten“ empfangen hatte. Damals wurde Tröger wieder freigelassen, und er glaubte schon, daß jetzt die Sache wohl ruhen bleiben würde, als ihm plötzlich die Eröffnung wird, daß er auf Grund dieses Briefes wegen Majestätsbeleidigung unter Anklage gestellt sei. Das Gericht hatte sich Briefe Tröger's, welche er vor 7-8 Jahren an seinen Vater geschrieben hatte, zu verschaffen gewußt — wahrscheinlich durch Hinzufügung bei Letzterem — hatte diese Briefe nebst dem an die „Nachrichten“ gelangten Brief einem vereideten Schriftensvergleich zur Vergleichung übergeben, und Letzterer will nun gefunden haben, daß die Handschrift der Briefe Tröger's mit dem Schmähbrieve der „Nachrichten“ identisch sei. — Jedermann, der Tröger kennt, weiß, daß ein solch dummer Streich von demselben nicht zu erwarten ist. Im Gegentheil, Tröger ist sogar häufig von seinen Genossen wegen seiner außerordentlichen Bedachtsamkeit und der Vorsicht, welche er bei allen seinen Handlungen gebraucht, um nur ja gegen Niemand zu verstoßen, aufgezogen worden, ohne daß derselbe sich indeß aus seiner Ruhe bringen ließ. Jedermann, der Tröger kennt, weiß, daß er nicht der Schreiber jenes Briefes an die „Nachrichten“ gewesen ist.

— Gießen, 13. August. Nachdem die Wahlcampagne vorüber, ist es uns möglich, Einiges über dieselbe, sowie verschiedene Vorgänge vor derselben, mitzutheilen. Am 24. März hielten wir hier eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Ist der Sozialismus kulturfeindlich?“ Als Referent war Genosse Pfannkuch anwesend, der dieses Thema zu Aller Zufriedenheit behandelte. Von den zahlreich anwesenden Begnern, mit einer Schaar Professoren und höheren Lehrern an der Spitze, versuchten einige der Letzteren die Ausführungen Pfannkuch's zu widerlegen, mit welchem Erfolge dieses Bemühen gekrönt wurde, mögen sich unsere Genossen selbst denken, wenn ich ihnen mittheile, daß einer derselben die Redeweise Pfannkuch's kurzweg „Gefasel“ nannte, was ihm eine wohlverdiente Zurechtweisung seitens des Vorsitzenden eintrug; über die Art und Weise der „Widerlegung“ seitens dieser Herren, sowie über den Werth derselben hat der größte Theil der Anwesenden den Stab gebrochen, so daß wir süßlich über einen längeren Bericht hinweggehen können. — Kurz nach Bekanntwerden des zweiten Attentats hielt der hiesige nationale und liberale Verein eine geschlossene Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Aufgabe des deutschen Bürgerthums gegenüber der Sozialdemokratie.“ Die Professoren Dr. Unden und Dr. Gareis hatten die betr. Referate übernommen und entwickelten nach dem im „Gießener Anzeiger“ veröffentlichten stenographischen Bericht eine Kenntnis des Wesens und der Ziele der Sozialdemokratie, die selbst vielen ihrer Gesinnungsgenossen, sowie den mir bekannten Studirenden ein leises Kopfschütteln abzwangen. Nachdem auf alle mögliche Weise die Ritschuld der Sozialdemokratie an den beiden Attentaten zu beweisen versucht wird, vertieft sich der erste Referent zu den Worten: „Meine Herren! Der Volksstaat ist die offenbare Anklündigung des Bürgerkrieges, des allgemeinen Umsturzes, des Kampfes Aller gegen Alle; und so ist er gemeint. Da hätten wir ja jetzt schon den Volksstaat nach den Begriffen des Herrn Professors; ist es nicht die offenbare Anklündigung des Bürgerkrieges, wenn liberale Blätter zu allerlei Gewaltthaten, zu Sprengungen der Volksversammlungen, zu Arbeiterentlassungen u. s. w. auffordern, und mit großer Genugthuung ihren Lesern Berichte über von den Anhängern des „monarchischen Bürgerthums“ niedergeschrieene Volksversammlungen bringen; wenn ferner, wie dies in Gießen der Fall gewesen, Schüler der Hochschule in die Verkehrsstokale der Sozialdemokraten einbringen und dort durch alle mögliche Schimpfreden auf die Sozialisten Skandal zu provozieren suchen, der jedoch zum größten Aerger dieser „Helben“ Dank der Haltung der Parteigenossen unterblieb. (Beweise können erbracht werden.) Auf die weiteren Ausführungen der Herren Professoren kann ich in Rücksicht auf den Raum des „Vorwärts“ nicht eingehen, sonst sollten sie von einem gewöhnlichen, durch „gewissenlose Verführungskünste“ der Sozialdemokratie verfallenen Arbeiter erfahren, daß man sich in „besseren Kreisen“ sehr wohl auf gewissenlose Verführungskünste versteht. Ein großer Theil der von den Herren gethanen Aeußerungen ist bereits durch die Thatfachen widerlegt. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich noch nicht verblüht, im Gegentheil sie steht gekräftigt und gelauteter denn je da; aber das Lügenneß ist zerfallen, das unsere Gegner dem deutschen Volke über den Kopf zu werfen suchten. Daß wir bei der Reichstagswahl im hiesigen Wahlkreise 1000 Stimmen verloren haben, ist nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß abgesehen von den vielen Einberührungen, Drohungen mit Arbeitsentlassung und sonstigen vorgekommenen Ungehelichkeiten überhaupt circa 3000 Stimmen weniger abgegeben wurden als 1877. Im Jahre 1877 erhielt v. Rabenau 9167, in diesem Jahre 7792, also 1375 Stimmen weniger; Liebnecht brachte es in diesem Jahre auf 381 gegen 1431 Stimmen im vorigen Jahre. Hierbei muß bemerkt werden, daß wir an geregelte Agitation nicht denken konnten, da uns die geeigneten Kräfte fehlen, was sehr viele Einwohner in dem

irrigen Glauben stärkt, man fürchte sich, nach Diefen zu kommen, weil die sozialistischen Redner von den Professoren immer heimgeleitet würden u. dgl. Was nun das Heimische betrifft, so hätten wir manchmal Gelegenheit, den Herren Nationalen und Liberalen zu zeigen, wo sie zu Hause sind, denselben Nationalen und Liberalen, die so viel gelehrte Leute unter ihren Reihen zählen und noch nicht einmal einen Reichstagskandidaten aus denselben herausfinden konnten, jedenfalls aus dem Grunde, weil jeder von den Führern des nationalen und liberalen Vereins Reichstagsabgeordneter werden wollte, und um nun allen Streit zu vermeiden, stellte man den bisherigen Abgeordneten v. Rabenau auf, der zwar nicht liberal, aber stark konservativ ist. Trotzdem sprach man in der liberalen Wählerversammlung vom 5. Juli über die Gegencandidatur des Gutsbesizers Zimmer in Wimmerod, von den reaktionär-konservativen Bestrebungen der Anhänger desselben. Herr v. Rabenau ist nach seiner in dieser Versammlung abgegebenen Erklärung für Ausnahmegeetze, Steuererhöhung auf indirektem Wege u. s. w. Nun, er ist glücklich wieder gewählt worden und das liberale Spießbürgerthum kann sich ruhig schlafen legen, die Ruhe, die wir ihm von Herzen gönnen, hat es verdient; es mag träumen von den Greueln der Pariser Commune, von Attentaten, von Mord und Todtschlag (meinetwegen auch von „Verführungsanstalten“) u. dgl. graufigen Geschichten, die ihm gleich Ammenmärchen eingebläht wurden; das Erwachen wird von einem fürchterlichen Rater begleitet sein, für den selbst Dr. Eisenbarth kein Mittel findet; die Deutschen mögen dann ihre Dickköpfe heruntrennen als warnendes Zeichen für Windmühlenschlampfüßige aller gegnerischen Parteien. Zwar sehr unanständige Schreibweise — aber wie man in den Wald ruft, so schallt es wieder heraus — werden die Gegner anständig bleiben wir es auch. Verstanden?

**Wiesbaden, 20. August.** Die königl. Polizeidirektion hat soeben folgende Bekanntmachung veröffentlicht: „Dem Literaten Eduard von Bodum-Dolfs, früher in Saffendorf im Kreise Westf., ist, nachdem constatirt worden ist, daß er dem preussischen Unterthanenverbande nicht mehr angehört, durch Verfügung königlicher Regierung, Abtheilung des Innern hier, vom 6. Aug. 1878 der Aufenthalt in dem Gebiete des preussischen Staats untersagt worden. Diese Verfügung ist demselben heute publizirt und derselbe angewiesen worden, den preussischen Staat bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe heute zu verlassen. — Dieser Literat Eduard von Bodum-Dolfs ist jedenfalls ein Verwandter des Abgeordneten gleichen Namens. Ob der Ausgewiesene einem andern deutschen Bundesstaate angehört? Wo bleibt dann das Freijugigkeitsgesetz? Oder hat der preussische Ausnahmegesetzentwurf schon Gesetzeskraft?“

### Central-Wahlcomité der sozial. Arbeiterpartei.

#### Öffentliche Quittung.

Diese Quittung enthält alle Zahlungen vom 22. Juni bis 21. August 1878.

(Schluß.)  
Dahlemerleben L. 233 d. J. 4,10. Königsberg v. Str. 6,00. Rannstadt L. 1414 12,50; do. L. 1416 10,10. Celle durch R. L. 421 4,30; do. L. 423 12,90; do. L. 424 1,50; do. L. 425 6,30. Lauenburg v. Zimmerern d. Jande 50,00. Kall d. Ederdt 9,80. Tönning v. Fehner 15,00. Biaska i. D. von Parteigen. 20,00. Lechhausen v. L. Sozialisten als Antwort auf den Augsburger Fabrikanten-Ulras 40,00; do. Vistenammlung d. Vichtensteiger 14,64. Gartenfeld-Rainz erste Rate auf Visten 60,00. Bruchsal d. Fischer L. 1332 6,00. Celle v. Salomen's Fabrik 16,00; do. d. R. S. I. 30,00; do. d. R. S. II. 60,00. Dessau d. Meißner 15,00. Königsseele d. Schubert 3,00. Wieda d. Klapproth 2,50. Rehna d. Schröder 7,50. R. J. v. W. 2,00. Schmerin d. Peters 23,5. New-York durch die „Volkszeitung“ 3000,00. Friedberg d. Mateß auf Visten 6,80. New-York v. d. d. Deutschen Gesellschaft 35,50. Delmenhorst L. 2184 5,80; do. L. 2167 5,25. Stuttgart L. 969 15,25; do. L. 2 0,90. Hensburg v. Johannsen's Cigarren-Fabrik 5,70. Brüssel durch Kistemaeders 37,50. Rotterdam d. Reich v. deutschen Arbeitern 5,00; do. für Ausspielen eines Kanarienvogels 15,00. Grafenberg auf Visten 2,00. Lübeck 2. Rate (dav. 17,00 d. F. Rath) 50,00. Delisch R. R. 17,00. Viefefeld v. Baer 7,20. London von zwei Freunden 203,00. Goslar v. Kreische 00,50. Lbbau d. Bohmer L. 1534 00,50; do. L. 1535 3,63; do. L. 1536 4,30. Göttingen v. Genossen 10,00. Paris v. F. S. 20,00. Zürich d. R. Seidel, gef. in der Schweiz, 1. Rate 150,00. Herford v. mehr. Sozialisten 5,00. Essen d. Kremer 28,00. Saalfeld d. F. L. 361 1,20; do. 365 2,20. Kopenhagen d. W. Esch (53 Kronen) 58,89; (speziell: Strichsprung's Cig.-Fabr. 35 Kr. 45; Lichtingers Cig.-Fabr. 8 Kr. 25; Adlers Cig.-Fab. 3 Kr. 20; Rasmussen Cig.-Fabr. 3 Kr. 85; Scheit's Cig.-Fabr. 2 Kr. 25.) Wien v. Metallarbeitern in Hernals 15,00. Paris durch C. Hirsch L. 2725 18,00; do. Betrag eines Concertes 2. Rate 62,00. Halle L. 1158 11,00; do. 1153 3,00; do. 1155 4,85; do. 1160 6,95; do. 1154 3,35; do. 1154 2,50; do. 1152 8,03; do. 1151 22,32. Kopenhagen v. G. F. und Th. G. 7,23. Friesenheim v. Quera 5,00. Augsburg v. d. Werkstätte des Frn. Schneider 15,00. Heidelberg d. Reithing 25,00. Reutlingen d. Walz 25,00. Thurgau auf L. 636 v. d. Schneiderwerkstätte Reudt in Berg 7,60. Feilbronn v. F. W. 10,00. Valento d. Biese L. 108 u. 110 u. Ueberhauf v. Ball 9,05. Koblenz v. Lesern d. „Berl. Fr. Nr.“ d. Nacht z. Licht 9,00. Wotho d. Rölling (W. u. L. W.) 15,15; do. L. 475 3,60; do. 473 2,75. Düsseldorf L. 776 4,00; do. 778 8,60; do. 779 3,50; do. 780 9,70. Straßburg i. E. v. Genossen „trotz alledem“ 30,00. Cöslin d. Nützen 3,00. Herloh d. Copalle 33,50. Burscheid (Großbruch) L. 246 22,70. Brüssel v. Dr. de Parpe 161,30. Dalsheim v. Schulze 2,50. Wiesbaden d. Palm L. 476—80 45,15. Bremerhaven d. Raht 27,75. Kirchheim-Volanden L. 2821 36,00. Sachsenhausen d. Fornoff d. P. 6,00; do. d. St. 2,50; do. d. H. 0,70; do. d. F. 1,50; do. d. Sch. 0,80; do. d. F. 0,70; do. d. G. 1,50; do. d. H. 0,50; do. d. E. 1,60; do. d. C. II. 0,50; do. d. L. 0,50; do. d. L. 0,50; do. d. R. 0,50; do. d. R. 0,50. Potsdam d. Haburg 10,00. Wilhelmshafen d. Steinbach 50,00. Mülten-St. Niclas v. Volksverein d. Mehner 14,00. Judenwalde L. 89 2,96; do. 88 1,85; do. 87 3,45. America v. d. Genossen z. Philadelphia d. Wied 314,92. Weibach d. Jünen 5,50. London v. P. u. W. 20,40. Lüttich d. Schleich 16,13. Ottweiler v. Kohl 5,00. Neustadt i. S. L. 62 7,45. Salungen v. Bodertel L. 1583 14,40. Grotzsch d. Reichelt L. 1513—15 14,43. Ronneburg d. Frenkel: „Durch Verfolgung zum Recht“ L. 351 5,50; do. d. Kienje L. 352 5,15; do. d. Fräht L. 353 10,00; do. d. Wetterlin L. 354 12,30; do. d. Arens 355 1,60. Schleswig d. Baustian 4,00. Mannheim d. Koch 1. Rate auf Visten 100,00. Münden d. Schetolenburg a. Visten 6,95. Oppeln d. F. H. 15,75. Hadeswagen d. Breidenbach 6,00. Chemnitz L. 1 6,00. Leipzig d. Rebel („Fadel“) 98,42. Bischofswerda L. 1450 6,30; do. 1460 1,10. Koburg L. 491 3,60. Schmeling v. e. gemüthl. Gesellsch., welche über die Kopflosg-

keit ihrer Gegner lacht 8,05. Bernburg d. Huth L. 239 17,05. Delmenhorst L. 2168 5,00; do. 2169 3,05; do. Sammelbüche 1,00. Wilker v. Plambek 3,80. Rahden d. Braun 6,30. Bierhausen v. Krajci 1,50. Frankfurt a. M. a. freiwil. Sammelliste 19,00. Prenzlau L. 1040 5,45. Ulm a. D. v. Reissach 25,00. Köln 1. Rate L. 797 10,00. Baden-Baden L. 584 7,50; do. 581 6,00. Reiviges L. 768 11,60; do. 767 16,75; do. 5341 3,50. Osnabrück v. Nagel 75,00. Wien v. Parteigen. „mit vereinten Kräften“ 17,85. Verden d. Gänter 78,95. Ueberlingen L. 1137 6,52. Spandau L. 3665 13,00. Nowawes a. L. 24 u. 25 11,55. Hedderheim d. Schmidt 11,47. Pforzheim a. L. 631, 635, 1758, 1761 42,50. Karhus v. Cigarren-Arbeitern d. Jagd. 17,78. Gießen v. Ungenannt 50,00. Wilker d. Thun 2,00. Cutin L. 313 u. 314 6,10. Koblenz L. 5292 22,00. Speier d. Michall 21,00. Kofem v. Struttmann 5,00. Gießen S—n 10,00; a. Visten d. Petermann 12,00. Offenburg v. Ged 10,00; v. Autenrieth 10,00; v. Stöb 3,00. Burscheid (Großbruch) a. L. 247 12,20. Köstchenbroda L. 1480 13,70; L. 1482 7,20; L. 2162 5,65. Steinfeld v. Ewers 4,00. Kaufbeuren L. 671 d. Meße 2,90; L. 673 5,50; L. 675 6,30; von Genossen 2,00. Mörserbrod L. 713 u. 714 7,50. St. Ingelheim v. R. 1,00. Jena v. G. S. 1,00. Rüneburg L. 1084 d. St. 15,00. Jüterbog L. 200 4,65. Rudau v. Parteigen. 6,50. Befungen d. Rohrbach 8,80. Delmenhorst d. Gänther 10,00; do. Liste Nr. 0 d. Eisner 6,00; do. aus der Sammelbüche 0,60. Dhlau d. Apler 4,25. Spremberg L. 1314 5,00. Paris d. F. Wof 32,00. Leipzig d. Rebel („Fadel“) 58,75. Göttraw L. 2616—2621 50,00. Köstchenbroda L. 1481 4,30; do. L. 2161 13,70. Reichstadt L. 1604 4,80. Duda-Pest Ertrag einer Verlosung v. Kovsny 12,57. Schwabing d. Merkel 7,35. Paris v. T. B. 15,00. Hof v. Parteigen. 18,00. Schneeberg d. Heppert 7,50. Oldenburg v. Ritter 5,00. Goldlauter L. 1505 1,75. Göttingen-Zürich d. R. Seidel 130,00; do. 125,00; do. 80,00. Bremerhaven d. Baumann 7,35. Augsburg d. G. Stollberg 5,00. Krähwinkel L. 169 u. 170 5,20. Ludwigshafen v. Gen. d. D. Schreier 5,00. Köln L. 768 gef. d. B. 13,00. Mainz v. mehr. Arbeitern der Fabrik v. Schuhmacher 12,50. Dessau d. Wof 4,85. Zeit d. Burgau 23,00. Treuenbriegen v. E. W. 6,00. Lützenburg L. 5521 d. W. Art 10,00. Coburg v. Tischlern d. Weidemann 2,50. Berlin v. F. R. 10,00. Görtly d. Keller 8,30. Spremberg v. rothen Holzwürmern 2,27. Danzig d. Dyd 30,00. Waugen L. 586 7,35. Würzburg v. R. R. 3,00. Wotho v. einem Fest d. Rölling 16,45. Stuttgart L. 1303 3,50; do. 1306 2,40; do. 968 4,45; do. 970 1,35; do. May 6,25; do. Schmelz 0,70. Jittau von Genossen 21,00. Potsdam d. Haburg 10,00. Schwerin d. Peters 12,62. Leipzig d. Rebel („Fadel“) 70,61. Stettin d. Behne 10,00. Karlsruhe d. Hasenauer 20,00. Verden durch Gänter 52,40. Pesece von mehreren Arbeitern 6,50. Braunschweig d. Müller (Expedition d. „Volksfreund“) 150,00. Derenbach d. Karl Wof 4,50. Delmenhorst L. 01 10,65; do. a. d. Sammelbüche 0,35. Wandseeck Unbekannt 3,00. Harburg gef. v. zwei Parteig. d. Steffen 10,80. Brandenburg d. R. H. 11,75. Coblenz auf 5 Visten von Lesern d. „Berl. Fr. Nr.“ 21,00. Ludwigshafen L. 614 14,90. Zürich v. Stichter 7,50. Schwarzenbeck d. Bollrath 2,75. Reutlingen von E. F. 20,00; do. von Zirbs 1,00. Zunker v. G. L. 40,00. London v. 110 Exilanten d. Jourde 83,64. Raumburg d. Rosemann 9,00. Lübeck v. Cig.-Arb. d. Steffen 40,00. Ebernforde L. 317 11,90. Apenrade d. Glade-witz 7,00. Görtly d. Ulrich 10,50. Bremerhaven d. F. R. Raht 20,00. Gent d. van Beveren 832,00; do. zweite Rate 55,65. Zürich von den Sozialdemokraten der Schweiz durch den deutschen Verein 400,00. London d. F. J. Ehrhardt 1. Rate 162,00; do. 2. Rate 400,00; do. v. Secularist 10,00. Paris d. F. Wof auf L. 1 50,00; do. 2 20,00; do. 3 50,00; do. Rest v. Concert 1,60. New-York d. F. Jilly („Volkszeitg.“) 511,00. Berlin d. T. 300,00; do. d. Auer 300,00. Leipzig d. Hablich Diverse 175,77; do. L. 898 d. Bogenitz 2,25; do. d. Martin a. L. 10,70. Stade v. Müller 20,25. Segeberg v. R. R. 27,00. Söhlen L. 1373 d. W. 2,30. Lübeck v. Sommervergüngen der Schneider d. Martin 20,00. Bergedorf L. 243 d. F. W. u. F. H. 16,50; do. von einem Bierländer 1,00. Harburg gef. v. 2 Parteig. d. Steffen 46,35; do. v. T. B. 2,00; do. v. H. Edler 150,00; do. v. W. R. G. 9,25; do. L. 1170 d. D. 12,60; do. L. 5238 d. D. 12,30; do. d. Holzmann 200,00; do. d. Donath 50,00. Budapest v. d. Nichtwahlberechtigten in Ungarn 32,65. Oserode d. Hasenpflug 3,75. Leipzig d. Rebel („Fadel“) 69,41. Mühlhausen i. Th. L. 2165 2,12 u. L. 2164 3,20.

b) Unterstüfungsfond:  
Baden-Baden L. 5203 5,20. Dessau v. Gesinnungsgenossen 1,70. Waugen v. einem Freund unj. Sache 5,00; do. L. 5409 0,50; do. 5411 1,70. Frankfurt a. d. D. L. 5301, 5302, 5303 15,10. Schwab.-Hall L. 5616 8,30. Raffel L. 5017 1,20; do. 5018 15,15; do. 5019 13,12; do. 5021 5,05. Wald L. 5212 3,65. R. v. R. f. d. im Kampfe zu Boden Geschlagenen 5,00. Altenburg u. Reusfelwig d. Kamprad 5,30. Frankfurt v. Fr. Dr. 3,00. Grotzsch L. 5591 10,40. Bernburg d. Raßer L. 5674 5,00. Lbbau d. Böhrner 1,00. Essen a. d. R. d. Ungenannt 14,70. Ulm d. Reissach 5,50. Langenbielau d. R. R. 3,65. Reichenbach i. S. d. R. Müller 16,00. Baden-Baden L. 5204 8,25. Darmstadt bei Götly d. Weg 1,50; do. L. 5422 4,29; do. 5421 5,50; do. 5423 8,75. Stadt-Im d. Pröb 2,00. Münden i. S. L. 5561 1,20. Wurzen L. 5514 20,00. Ronsdorf L. 5358 3,00. Göttingen v. Schr. i. d. H. 32,00; do. d. E. 7,00. Göttingen d. Dr. „Und sie bewegt sich doch trotz alledem“ 7,00; do. d. Sch. „Trotz Todtengräber“ 6,00. Bodenheim L. 5279 5,90; do. L. 5278 0,90. Blaun L. 5486, 5485, 5484 8,06. Kiel v. Ungenannt 31,00. Jittau d. Renke 3,80. Osnabrück d. R. R. 6,39. Altenburg d. Kamprad 10,15. Gelsenkirchen L. 5055 1,00; do. L. 5056 1,50. Stuttgart L. 5184 11,50. Lübeck d. Steffen 48,38; do. gesammelt auf einem Arbeiterfest 13,11. Lugau v. R. R. 1,50. Stuttgart d. Kunz 7,40. Löhnitz d. Scheffler 3,06. Schw. Gmünd d. Rachel 4,85. Potsdam d. F. 3,00. Friedberg d. Mateß auf Visten 2,30. Stuttgart L. 5183 2,80. Frankfurt a. M. auf Visten 16,88. Paris von Jirch 20,00. Düsseldorf „Du sollst dem Dajen, der da drischt, das Maul nicht verbinden“ L. 5251 15,00; do. L. 5250 2,50. Hannover v. Flüge 6,50. Ronneburg d. Wolff L. 5414 5,65. Ebernforde L. 5541 7,00. Speyer d. Michall 4,00. Mühlhausen i. Th. L. 5740 5,50. Ertshthal bei einem gemüthlichen Beisammensein am 30. Juli 6,20. Treuenbriegen v. R. R. 5,80. Nordhausen d. R. R. 4,50. Leipzig d. Hablich L. 5145 8,50. Hamburg L. 5065 11,25. Geesthacht L. 5548 3,00.

a) Wahlfond.  
Aus Hamburg und seinen Vororten (Barmbeck, Eimsbüttel, Neuenburgsort etc.) gingen vom 22. Juni bis 24. Aug. insgesamt ein: **7609,67** (diese wurden spezifizirt im „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ quittirt); ferner **3000** vom Hamburger Wahlcomité.

b) Unterstüfungsfond.  
Aus Hamburg und seinen Vororten gingen in den letzten 2 Monaten insgesamt ein (quittirt im „Volksblatt“) **274,43**.  
Hamburg, 25. August 1878.  
August Geib, Rüdingsmarkt 12.  
Briefkasten  
der Expedition. H. W. Org. Ritterhude: Im hiesigen Adressbuch ist kein Zusage zu finden. — R. R. in W.: In Sachen dürfen Geschäftsbücher in stenographischer Schrift geführt werden. — Z. Düsseldorf: Sie können 50—100 Stück von verschiedenen älteren Nummern unseres Blattes erhalten. 50 St. 0,75 Mk. ohne Porto.

Ernst Strecker, Schuhmacher, wird um seine Adresse ersucht.  
G. Bernhardt, Mauerstr. 28 in Göttingen.

Mannheim, 29. Aug. Um der Freiden vieler Herbergbesitzer hiesiger Stadt, bestehend in Abgaben unserer Genossen an den Bahnhöfen und Dampfschiffen, ein Ziel zu setzen erlauben wir unsere Genossen auf unser Verkehrslokal: Gasthaus zur Neuen Welt, N. 5: 16, aufmerksam zu machen.  
Die Schuhmacher-Gewerkschaft.

Zur Beachtung.  
Die Redaktion des „Sozialist“ in Wien befindet sich noch immer V. Bez. Wehrgasse 2.

Ich versende alle Sorten Wanduhren unter Garantie zu Fabrikpreisen sowohl im Einzelnen als in Partien. Eine gewöhnliche Uhr kostet 4—5 Mk. [1,50]

Hausach i. Baden. f. Serer, Uhrmacher.

Keine Hosenträger, keine Riemen mehr!  
**Pat. Hosen-Selbstschnaller.**  
Dieser elastische Hosen-Selbstschnaller macht den Gebrauch von Hosenträgern und Riemen vollständig entbehrlich; derselbe wird in die beiden Schmalgurte, die sich am Rücktheil jeder Hose befinden eingeschallt.  
Die Vortheile des Selbstschnaller sind augensichtlich, denn nicht nur, daß das insbesondere beim Arbeiten lästige Tragen von Hosenträgern und Riemen wegfällt, wird auch die ganze Haltung des Körpers eine viel freiere und ungezwungener, da der Selbstschnaller vermöge seiner großen Elasticität bei jeder Bewegung, sogar bei jedem Athemzuge nachgibt und sich ausdehnt. Preis pro Stück 65 Pf., franco Zusendung per Briefpost gegen vorherige Einzahlung in Briefmarken. Preis per Duzend Mk. 4,50. Wiederverkäufer gesucht. Nur allein zu beziehen von  
**H. Hurwitz in Halberstadt.**

Halle a. S. Diejenigen Leser des „Vorwärts“, welche mit dem Abonnementgelde noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, das Abonnement umgehend zu berichtigen, indem sonst öffentliche Mahnung eintreten müßte.  
50] Der Colporteur.

Soeben ist erschienen und durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen:

**Glossen**  
Yves Guyot's und Sigismund Vacroz's Schrift:  
**Die wahre Gestalt des Christenthums.**  
Nebst einem Anhang:  
**Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau.**  
Von August Bebel.  
Preis 25 Pf.

Die Verbreitung, welche die ausgezeichnete Schrift von Guyot und Vacroz (Verlag der Volksbuchhandlung in Zürich) gefunden, wie die Aufmerksamkeit, welche neuerdings wieder infolge der demagogischen Agitationen christlicher Prediger unter der Arbeiterwelt das wahre Wesen des Christenthums erwecken muß, veranlaßten den Verfasser diese Arbeit jetzt herauszugeben. Der Anhang, in enger Verbindung zu der in der erwähnten Schrift erörterten Frage stehend, betrifft ein Thema, das in den letzten Jahren von den verschiedensten Seiten in Behandlung genommen ist. Der Verfasser wird übrigens noch im Laufe dieses Jahres eine Arbeit veröffentlichen, die umfänglicher und gründlicher, als es in der vorliegenden geschieht, ihre Aufgabe zu lösen suchen wird.  
Expedition des „Vorwärts“.

Neueste  
**Erfindungen und Erfahrungen**  
auf den  
Gebieten der praktischen Technik, der Gewerbe,  
Industrie, Chemie, der Land- und Hauswirth-  
schaft etc.

Das soeben ausgegebene neunte Heft des V. Jahrganges, 1878, dieser Zeitschrift bringt auf 48 Seiten mit vielen Abbildungen folgende interessante Artikel:  
Vierteljahrsrevue. — Ueber eine neue praktische Anlage von Obstdarröfen nebst Anleitung zur Herstellung eines praktischen Obstbackofens. — Ueber thierisches Blut, dessen technische Bewertung und chemische Zusammenetzung. — Das Sammeln, Reduciren und Ausschmelzen der Silber- und Goldabfälle. — Praktische Notizen. — Das Sicherheitsloch. — R. L. priv. Metallschindel-Bedachung. — Notizen über neuere technische Erfindungen. — Praktische Erfahrungen über die Anwendung von Schauder's dynamo-elektrischen Maschinen für Galvanoplastik. — Braun's Strophenpflaster auf Fahrdamm und Trottoir. — Neuer Hochrotor auf Seiltransmission. — Eine neue Erfindung in der Kunst des Holzmalens. — Neues Bleistift-Fixirpapier. — Neues Verfahren, Metalle auf galvanischem Wege mit Platin zu überziehen. — Herstellung von Metallfensterrahmen und Oberlichtern. — Praktische Notiz zur Silberbestimmung. — Neue Apotheken-Mühle. — Ueber das beste Klärmittel der Würze. — Berichte von der Weltausstellung zu Paris. — Neuer Sicherheits-Röhrenkeffel. — Neuer autoneumatischer Gaserzeugungsg-Apparat und automatische Gaslampe. — Zur Abfallverwertung. — Doppel- und Reibmaschine. — Doppelt ventilirter Schmelzofen. — Bezugsquellen für Maschinen, Apparate und Materialien. — Die Canalbaumaterialien in ihrem Verhalten zu sauren und alkalischen Flüssigkeiten. — Rasches Trocknen von Filtern. — Nachweis von schwelliger Säure im Biere. — Eine neuere Verwendung des Jodes. — Ueber die leichte Selbstentzündlichkeit des Benzins. — Neuer Rasenreiniger. — Werth des Kartoffelkrautes. — Ueber ein prophylaktisches Mittel bei der Epilepsie. — Wiederherstellung dämpflich gewordenen Tabaks. — Glanzverfärbung. — Neuer Erfolg für Leberthran. — Verfahren zur Conservirung anatomischer Präparate. — Kleinere Mittheilungen. — Reinigkeiten vom Böhmermarke. — Tragekasten. — Beantwortungen. — Briefkasten.

Pränumerationspreis gänzlichjährig für 13 Hefte franco:  
4 Fl. 50 Kr. ö. W. = 7 Mark 50 Pf.  
Einzelne Hefte kosten 36 Kr. = 60 Pf.  
14,10] A. Hartleben's Verlag in Wien.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gählfass in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.